

**Zeitschrift:** Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse  
**Herausgeber:** Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl  
**Band:** 15 (1990)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Die politischen Kämpfe zur Zeit : der Kampf der Roma

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

schen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt. Für Ritters „Asozialenfor-schung“ sowie für seine „Bastard- und Kriminalbiologie“ machte die DFG, wohlwollend beobachtet von dem be-rühmten Chirurgen Ferdinand Sauer-bruch, bis 1944 Jahr für Jahr Geld lok-ker.

Die Berliner Amtsrassisten arbeiteten wie Detektive, um Zigeunervorfahren ausfindig zu machen. Sie wühlten in Ar-chiven und sammelten Informationen in Gerichten und Gefängnissen, Fürsorge-anstalten und Rathäusern. Auch Kir-chenbücher dienten als Quelle.

Die Spezialisten der Berliner „For-schungsstelle“ zeichneten „Erbtafeln“, die bis zu sechs Meter lang waren und mehr als 800 Personennamen umfaßten. Mit Hilfe dieser „in jeder Hinsicht frag-würdigen Tafeln“ (Zimmermann) wur-den fast 20 000 „Viertel- und Achtelzi-geuner“ identifiziert, die oftmals seit Jahrzehnten in die „reindeutsche“ Be-völkerung integriert waren, als hochde-korierte Soldaten gedient hatten oder gar das NSDAP-Parteibuch besaßen.

Ihre Festnahme aufgrund eines „rassenhygienischen Gutachtens“ galt als vorbeugende Verbrechensbekämp-fung“ und war Sache der Polizei. Rich-terliche Kontrollen gab es nicht. Das Reichsjustizministerium erwartete oh-nedies von den Polizisten „wesentlich bessere Ergebnisse“ als von den Juri-ten.

Längst ging es dem NS-Regime nicht mehr um die „Abwehr tatsächlich auf-tretender Gefahren“, so der Zeitge-schichtler Hans Buchheim: Der Staat plante vielmehr die „Ausmerzungen“ auch

„vermeintlicher Gefahrenherde“ – erst per Deportation von Zigeunern, schließlich, weil auch der Reichsärzte-führer Leonardo Conti „eine wirkliche Radikallösung“ forderte, mit Hilfe der Konzentrations- und Vernichtungslager.

Am 16. Dezember 1942 ordnete der SS- und Polizeichef Heinrich Himmler die „totale Liquidierung“ der Zigeuner an. Die Opfer wurden

▷ vergast – in speziellen Fahrzeugen oder im „Zigeunerfamilienlager“ von Auschwitz-Birkenau, wo sie in über-füllten, stinkenden Baracken des Typs „zerleg- und versetzbarer Pferdestall“ hatten hausen müssen;

▷ „vernichtet durch Arbeit“ – den Ge-genwert jedes einzelnen erwachsenen Häftlings bezifferten SS-Männer so akribisch wie zynisch auf 1631 Reichs-mark, „abzüglich Ernährung und Verbrennungskosten“;

▷ von Medizinern bis zum Tode miß-braucht als „Kaninchen“ (Fachjar-gon) – für Kälteversuche, für Zwill-ingsexperimente und zur Entwick-lung neuer Kastrations- oder Sterilisati-onsmethoden.

Nach dem Krieg blieb das Schicksal der Zigeuner „weithin unbetrachtet, ja unbekannt“, bilanzierte der Kulturan-thropologe Joachim S. Hohmann. „Aus welchem Grunde töteten Sie Zigeuner?“ fragte beim Einsatzgruppen-Pro-zeß in Nürnberg der amerikanische An-kläger James E. Heath den SS-Grup-penführer Otto Ohlendorf. Antwort: „Es ist ebenso wie mit den Juden ... Sie hatten Spionageorganisationen während des Krieges.“

Heath, ungläubig: „Die Zigeuner hat-ten das?“ Ohlendorf: „Besonders die Zigeuner. Ich möchte Sie erinnern an die ausführlichen Beschreibungen des Dreißigjährigen Krieges von Ricarda Huch und Schiller.“

Auch der Bundesgerichtshof trug zeit-weise dazu bei, daß die „Lernfähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft“ (Zimmermann) nicht allzustark in An-spruch genommen wurde. In einer – später korrigierten – Entscheidung leg-ten Deutschlands höchste Richter den Beginn einer rassistischen Verfolgung erst auf den Tag des Auschwitz-Befehls fest, alle Erlasse zuvor seien kaum an-fechtbare „polizeiliche Vorbeugungs- und Sicherungsmaßnahmen“ gewesen.

Die willfähigen Polizisten blieben ebenso unbehelligt wie die Wissen-schaftler. Die Ritter-Mitarbeiterin So-phie Ehrhardt wurde in Tübingen An-thropologie-Professorin, ihre Kollegin Eva Justin Kriminalpsychologin und Sachverständige „für schwer erziehbare Kinder“.

Selbst der Zigeunerforscher Ritter blieb dem Staate erhalten. Die Stadt Frankfurt bestellte ihn 1947 zum Leiter der „Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenkrankheiten“ und zum Jugendpsych-iater.

Mit freundlicher  
Genehmigung zum  
Nachdruck Der Spiegel Nr. 36

## Die politischen Kämpfe zur Zeit

### Der Kampf der Roma

Roma sind keine RömerInnen. Es sind auch keine RumänInnen. "Roma" heißt "Mensch" auf Romanes, der Sprache eines aus Indien stammenden Volkes, das sich in der Mitte des 15. Jahrhunderts in Europa niederge-lassen hat. Niedergelassen mehr in einem geographischen als in einem häuslichen Sinne. Es sind, wie man gängig zu sagen pflegt, die "Zigeuner".

"Die Zigeuner kommen!" Ein panischer Ausruf der immer wieder dann ausgestossen wurde, wenn sich eine Gruppe von von buntgekleideten, musizierenden Menschen am Dorfrand zeigten, während sie mit Hausrat bepachtete Eseln oder Pferde mit sich führten. Bauern zeterten, Bäuerinnen holten ihre Kinder von der Straße ins Haus und ver-schlossen Tür und Tore. Nach kurzer Zeit stahl sich die eine oder ander Bäuerin aus dem Gehöft, mit Speck unter dem Arm, zum Tausch für die von den Roma gefertigten Backmulden, oder mit kaputten Töpfen und Schirmen, um diese von den fahrenden HandwerkerInnen reparieren und die stumpfen Messer schleifen zu lassen. Einzelne Bauern zerren ihre kranke Kuh oder den lahmen Maulesel zu den fahrenden Frauen, den kräuterkundigen Tierheilerinnen... Das war so bis zu Beginn dieses Jahrhunderts.

"Die Zigeuner kommen!" Beamte, Bürokraten und Referenten werfen die Hände über die Köpfe. In Düsseldorf ist der Teufel los. "Und dann erst noch welche aus Jugoslawien". Was tun? Das Beamtentum in der BRD scheint in einer besonders peinlichen und misslichen Situation. Die unbewältigte Geschichte des Dritten Reiches, die nicht ausbezahlte Wiedergutmachung für vergastete Romas und Sintis in der Nazi-Zeit scheinen die dunklen, verstaubten Kammern der Verdrängung unbequem zu beleuchten. Die Opfer kehren an den Tatort zurück und die Töchter und Söhne der Töter sind fürs erste ratlos.

Dann der Beschluss der Ausschaffung! Eingeschliffener, brutalster Rassismus in der Bevölkerung, soziale Ausgrenzung, Armut, Arbeitslosigkeit, Schikanen und Gewalt gegen die Roma seitens der jugoslawischen Bevölkerung und der Behörden; dies veranlasste diese, zu Tausenden in die BRD zu fliehen. So kommt es immer wieder vor, dass die serbische Polizei die Roma aus ihren Häusern vertreibt, Ihnen verbietet, gewisse Bezirke zu betreten, öffentliche Brunnen zu benutzen, kurz: ihnen die in Jugoslawien verfassungsmässig garantierte Freizügigkeit verweigert. Auch Razzien mit anschliessenden Verhaftungen und Folterungen, die auf rudimentären oder gar fingierten Anklagen beruhen, lassen auf eine kollektive Verfolgung durch den Staat schliessen. So scheint es sich auch zu bestätigen, dass der Staat bei pogromartigen Uebergriffen, etwa durch Serben auf die Roma, nicht daran interessiert ist, diese Roma unter seinen Schutz zu stellen. Im Gegenteil: Es wurde immer wieder beobachtet, dass die Sicherheitskräfte bei derartigen Ausschreitungen "wegschauten" und so ihre passive Unterstützung zur Gewalt bekundeten.

Die ratlosen BeamtInnen und ReferentInnen schritten also am 12. Dezember 1989 zur Tat. Der in Nordrhein-Westfalen verhängte Abschiebestopp für Roma wurde aufgehoben. Die Konsequenz wäre die unmittelbare Rückschaffung nach Jugoslawien gewesen. Daraufhin besetzte eine 50-köpfige Roma-Delegation symbolisch das Büro der SPD in Düsseldorf. Auch in Köln und anderen Städten fanden ähnliche Aktionen statt. Am 6. Januar 1990 flohen 400 Roma in den Kölner Dom, um sich der Abschiebung zu entziehen. Staatssekretär Riotte nahm sich eine ganze Nacht Zeit, um mit den Roma zu sprechen. Es kam jedoch zu keinem positiven Entscheid. Am 8. Januar 90 begann der bis in das letzte Detail gut durchorganisierte "Bettelmarsch" von den nunmehr 600 Roma. Sie beschlossen, zur Landeshauptstadt Düsseldorf zu marschieren. Ministerpräsident Rau soll doch selbst jene Roma aussuchen, die seiner Ansicht nach abgeschoben werden könnten, hiess es sarkastisch. In Dornhagen wuchs die Zahl am 9. Januar 1990 auf 750 Roma. Die Evangelische Landessynode überbrachte eine Spende von DM 20'000, -- und äufnete einen Rechtshilfefonds von DM 50'000, --

15. Januar 1990: 1350 Roma, davon 700 Kinder, sind im Düsseldorfer Kunstpalast untergebracht. Die Stadt versorgt die zu einem grossen Teil erkrankten Leute mit einer Decke pro Person. Die versprochenen Matratzen bleiben aus. Auch schwangere Frauen und Kleinkinder liegen auf dem nackten Boden. - Die einzelnen Städte Nordrhein-Westfalens sind sich mit der "Gewährung der Duldung" (vergleichbar mit der vorläufigen Aufnahme in der Schweiz) für Roma nicht einig. Düsseldorf ist relativ grosszügig (Duldung für einen Monat), Gelsenkirchen (SPS - regiert) drängt auf Abschiebung und geht sogar soweit, nach untergetauchten Romafamilien bundesweit zu fahnden. Der Bettelmarsch geht weiter! Rattingen 22. Januar 1990. Mittlerweile sind es 1500 Roma. Kranke und Kinder werden mit vom Deutschen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Bussen transportiert. 29. Januar 1990 in Oberhausen: 1700 Roma zwängen sich in eine Turnhalle von 1200 Quadratmetern. Die Roma gewinnen zunehmend Sympatien: Kirchliche Kreise, "Freunde der SPD", der Flüchtlingsrat. Der politische Druck wird immer stärker und schlussendlich, am 28. Februar 1990 der "Roma-Runderlass". Eine Aufenthaltserlaubnis in Nordrhein-Westfalen wird erteilt an Roma die ihre Zugehörigkeit zum Roma-Volk nachweisen können. Vertreter von deutschen Roma-Organisationen wirken bei der "Feststellung" mit. ein Teilsieg ist erringen! Skepsis, Wachsamkeit und Voraussicht sind angebracht.

Uli Kern

Anmerkung der Redaktion: Die neuesten Begebenheiten in Deutschland sollen auch uns in der Schweiz zum Denken anregen....